

Der Kampf um Grönland: Versöhnung als Geopolitik

Von **EBBE VOLQUARDSEN**

Die Stadt Karlsruhe könnte schon bald vor einem Dilemma stehen. Im Januar 2025 zeichnete sie ihren langjährigen Stadtvertreter Tom Høyem (FDP) mit der Ehrenmedaille aus.¹ In den 1980er Jahren war der gebürtige Däne, mittlerweile auch deutscher Staatsbürger, Dänemarks letzter Minister für Grönland – ein Amt aus der Kolonialzeit, dessen Abschaffung 1987, acht Jahre nach Einführung der grönländischen Selbstverwaltung, besiegelt wurde. Dies wäre kaum erwähnenswert, hätte Høyem in jüngster Zeit nicht selbst wieder die Öffentlichkeit gesucht.

Seit Donald Trumps erneuter Ankündigung, Grönland notfalls auch mit Gewalt unter US-Kontrolle bringen zu wollen, richtet sich der Blick der Öffentlichkeit zunehmend auch auf Dänemarks Bemühungen, seine Kolonialgeschichte in der Arktis aufzuarbeiten und sich mit den international umworbenen und Unabhängigkeit fordernden Grönländern zu versöhnen. Beide Entwicklungen – die geopolitische und die erinnerungspolitische – sind inzwischen so eng miteinander verflochten, dass sie nur im Zusammenspiel verstanden werden können.

Ende 2024 bezeichnete Grönlands damaliger Ministerpräsident Múte B. Egede das ab 1960 erfolgte, systematische und oft ohne Zustimmung durchgeführte Einsetzen von Verhütungsspiralen bei minderjährigen Inuit als Völkermord. Egedes Urteil war nicht juristisch, sondern

politisch. Er nannte keine Schuldigen, sondern klagte ein System an, das vielen Grönländern Entmündigung, Zwang und staatliche Übergriffe auferlegt hatte – nicht nur im Fall der Spiralen. Da die UN-Völkermordkonvention ausdrücklich die »Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind« zum Genozid zählt, war Egedes Bewertung zwar zuge-spitzt, aber keineswegs abwegig.

Fest steht: Damit ein Verbrechen als Völkermord gilt, muss niemand ums Leben kommen. Ausschlaggebend ist die Absicht, »eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören«. Ob die Maßnahmen der dänischen Nachkolonialpolitik – neben Zwangs-verhütungen etwa fragwürdige Adoptionen, Kindeswegnahmen oder erzwungene Urbanisierung –, die darauf abzielten, die Inuit an einen dänischen Lebensstil

zu assimilieren und ihnen ihre kulturelle Eigenart zu nehmen, in der Zusammenschau diesen Tatbestand erfüllen, werden Historikerkommissionen zu prüfen haben. Der im September vorgelegte Forschungsbericht zur »Antikonzeptionspraxis in Grönland zwischen 1960 und 1991«² jedenfalls spart menschen- und völkerrechtliche Bewertungen ausdrücklich

EBBE VOLQUARDSEN,
geb. 1982 in Niebüll,
Skandinavist, Politik- und
Kulturwissenschaftler,
lebt nach zehnjähriger
Lehrtätigkeit in Grönland
in Neu-Isenburg.

1 Vgl. Politische »Urgesteine« geehrt, karlsruhe.de, 30.1.2025.

2 Tenna Jensen u.a., Udredning af antikonceptionspraksis i Kalaallit Nunaat i perioden 1960-1991, Nuuk 2025.

aus - und taugt daher auch nicht als Freispruch von den erhobenen Anschuldigungen.

Dennoch kündigte Høyem Mitte Oktober an, zivilrechtlich gegen Egede vorgehen zu wollen - wegen Verleumdung.³ Damit erkannte der frühere Grönlandminister, dessen Name in diesem Zusammenhang bislang gar nicht gefallen war, faktisch die Verantwortung für die Übergriffe auf grönländische Mädchen und Frauen an. Zugleich lieferte er - angesichts der fortlaufenden medialen Thematisierung und der dadurch oft retraumatisierten Opfergruppen - ein bemerkenswertes Beispiel für Täter-Opfer-Umkehr.

Seit Monaten verteidigt Høyem ohne erkennbare Demut die bis in seine Amtszeit erfolgten Zwangsverhütungen als angeblich notwendige Maßnahme zum Schutz von Inuit-Mädchen vor ungewollten Schwangerschaften. Die Verantwortung der ab den 1960er Jahren in großer Zahl nach Grönland entsandten dänischen Handwerker, die häufig für die außerehelichen Geburten verantwortlich

- selbst das, was sich später als Irrtum erwies -, sei in bester Absicht zum Wohl der Inuit und zum Ruhm Dänemarks geschehen. Wer dies in Zweifel ziehe, beschneide die nationale Ehre.

Die aktuelle Regierung aber hat verstanden, dass sie den Mythos vom altruistischen Kolonialismus beerdigen muss, wenn sie Grönland langfristig in der Union halten will. Umso größer ist die Empörung in Grönland, wenn - wie im Fall Høyems - deutlich wird, dass diese Bemühungen keine Früchte tragen. Kommentare Einzelner, die koloniales Gedankengut bestätigen, können tatsächliche versöhnungspolitische Fortschritte für Wochen medial überlagern.

Dänemark wirkt getrieben

Dänemarks Ministerpräsidentin Mette Frederiksen ist eine gute Rednerin. Als sie im September in Grönlands Hauptstadt Nuuk reiste, um den vom Spiralskandal betroffenen Frauen eine offizielle Entschuldigung auszusprechen, saß jedes Wort. Rhetorisch präzise wies sie auf das Paradox hin, dass Verhütung für die meisten Frauen einen Schritt hin zu mehr Selbstbestimmung bedeutet habe, während die Grönländerinnen sie als das Gegenteil erfahren mussten - als Entmündigung und Eingriff in die privatesten aller Lebensentscheidungen. Den Mädchen, der Hälfte aller gebärfähigen Frauen, waren damals viel zu große, teils von dänischen Ärzten selbst gebastelte Spiralen eingesetzt worden. Die physischen Verletzungen waren so gravierend, dass viele nie Mütter werden konnten. Bei der Zeremonie in Nuuk flossen Tränen, doch die Stimmung war versöhnlich.

Nicht immer allerdings gelang Frederiksen das Timing. Die erste Ankündigung der Entschuldigung, die von grönländischer Seite seit Jahren gefordert worden war, fiel just auf den Tag, an dem der Dänische Rundfunk über direkte Einflussnahme von US-Akteuren auf die öffentliche Meinung in Grönland berichtete. Auch wenn beide Ereignisse kaum in

»Die US-Einflussnahme auf Grönland hat neue Formen angenommen.«

waren, blendet er dabei aus. Zwar erwartet niemand, Høyem werde sich in absehbarer Zeit juristisch verantworten müssen, aber mit Ehrenmedaillen behängt man so jemanden nicht.

Auch in Kopenhagen dürfte man das Störfeuer aus Karlsruhe wenig erfreut zur Kenntnis genommen haben. Verkörpert Høyem in seiner Uneinsichtigkeit doch den Archetyp einer kolonialen Erzählung, von der sich das offizielle Dänemark mühsam zu lösen versucht: Alles, was man in Grönland unternommen habe

3 Kristian Klarskov, Dansk eksminister overvejer at hive grønlandsk toppolitiker i retten, politiken.dk, 11.10.2025.

direktem Zusammenhang standen, verdeutlicht dies, wie eng Dänemarks plötzlicher Eile in Sachen Versöhnungspolitik mit dem geopolitischen Druck der USA zusammenhängt. Die Regierung wirkte getrieben; die Ankündigung der Entschuldigung erschien unaufrichtig.

Indes hat die US-Einflussnahme auf Grönland neue Formen angenommen. Seit Trumps Sohn, Donald Jr., im Januar 2025 die Insel besucht hatte, um in den Sozialen Medien Videomaterial vermeintlich Trump-begeisterter Grönländer zu verbreiten, haben die Versuche, in die öffentliche Meinung einzugreifen, nicht abgenommen.⁴ Was zunächst offen auf der Straße geschah – rechte Influencer verteilten Dollarnoten und Pizza an Kinder und Jugendliche –, verläuft inzwischen subtiler: US-Geschäftsleute, die Trumps Übernahmepläne offen unterstützen, stellen grönländischen Akteuren aus Wirtschaft und Politik Großinvestitionen in Rohstoffprojekte in Aussicht.

Gegen die »Wohlfahrtsdiktatur«

Besonders perfide: Seit US-Vizepräsident JD Vance Ende März 2025 die nordgrönländische Pituffik Space Base besuchte, ist das Anprangern der angeblich bis heute schlechten Behandlung der Inuit durch Dänemark zentrales Element der US-Propaganda. Vance kritisierte damals nicht allein mangelnde dänische Investitionen in die arktische Verteidigung – ein Feld, auf dem Dänemark seither, abermals getrieben, in geradezu peinlicher Geschwindigkeit aufzuholen versucht –, sondern übernahm auch die Rhetorik manch grönländischer Politiker und Aktivisten. Die USA, stellte er in Aussicht, würden die Inuit respektvoller behandeln, als es Dänemark je getan habe.

Was angesichts der realen Geschichte von Begegnungen amerikanischer Siedler mit indigenen Völkern – darunter den mit den Grönländern verwandten Iñupiat aus Alaska – geradezu absurd erscheint, lässt

4 Ebbe Volquardsen, Grönland: Unabhängigkeit oder feindliche Übernahme, in: »Blätter«, 4/2025, S. 29–32.

sich mit etwas rhetorischem Geschick dennoch in eine stimmige Erzählung verpacken. Der skandinavische Wohlfahrtsstaat, der einerseits individualisierte Fürsorge verspricht, andererseits aber Individuen, die von einer staatlich vorgegebenen Norm abweichen, mittels weitreichender Eingriffe in deren Privatsphäre diszipliniert, steht seit langem im diametralen Kontrast zum amerikanischen Freiheitsbegriff.⁵ Libertäre US-Denker wie Roland Huntford sprachen bereits in den 1970er Jahren mit Blick auf Skandinavien von einer »Wohlfahrtsdiktatur«.⁶

Der dänische Staat genießt selbst in Zeiten global wachsender Staatsskepsis das Vertrauen seiner Bürger – herausgefordert höchstens durch das Unvermögen des Militärs, russische Drohnen über Flughäfen abzufangen. Das hat auch mit der Normierung von Werten und Lebensweisen innerhalb der Mehrheitsgesellschaft zu tun. Selbst konservative Politiker vertreten in Dänemark kaum das, was man hierzulande ein traditionelles Familienbild nennen würde. Über Grundsätzliches herrscht oft Einigkeit. Gruppen wie die Grönländer jedoch, die über Jahrzehnte zur Assimilation gezwungen wurden, stehen außerhalb dieser Konsensgemeinschaft. Für sie galten universelle Rechte und Werte nie in gleichem Maß. Entsprechend berechtigt ist ihre Skepsis gegenüber dem Staat – ein Umstand, den sich das Trump-Lager nun zunutze macht.

Dass der dänische Wohlfahrtsstaat bei Verdacht auf Vernachlässigung zuweilen auch vorschnell zur zwangsweisen Fremdunterbringung von Kindern neigt, ist selbst den Sozialbehörden der Grenzstadt Flensburg bekannt: Familien, die sich durch Fehlentscheidungen der dänischen Jugendämter entrechtet fühlen, suchen dort zunehmend Zuflucht.⁷ Beson-

5 Vgl. Lill-Ann Körber und Ebbe Volquardsen, Nordeuropäischer Exzeptionalismus, in: Bernd Henningsen, Nordeuropa, Baden-Baden 2023, S. 74–79.

6 Roland Huntford, Wohlfahrtsdiktatur, Frankfurt a.M. 1971.

7 Sebastian Iwersen, Kinder weggenommen: Heidi Trawel flüchtet aus Dänemark, shz.de, 13.10.2025.

ders betroffen sind in Dänemark lebende Grönländerinnen: Ihnen werden sechsmal häufiger die Kinder entzogen als ethnisch dänischen Müttern. Damit erreicht ein ursprünglich sozialrechtliches Problem geopolitische Dimensionen.

Eine postkoloniale Föderation?

Die Regierung hat inzwischen ein Gesetz verabschiedet, das die als kulturunsensibel kritisierten Elterneignungstests bei Inuit-Müttern abschafft und eine Einzelfallprüfung durch mit grönländischer Sprache und Kultur vertraute Fachkräfte vorschreibt. Dies wurde als Reaktion auf die Instrumentalisierung berechtigter grönländischer Kritik durch die USA verstanden. Als der jungen Grönländerin Ivana Brønlund im September dennoch ihre Tochter unmittelbar nach der Geburt entzogen wurde, ging ihr Fall um die Welt.⁸ Zwar kassierte ein Verwaltungsgericht die Entscheidung – auch die Regierung hatte scharfe Kritik geübt –, doch der Schaden war angerichtet.

Denn nicht nur die US-Regierung, die sich Grönland aufgrund seiner militärstrategischen Lage und seiner Rohstoffe einverleiben möchte, auch die grönländische Oppositionspartei Naleraq nutzt solche Fälle gezielt, um weiteres Misstrauen gegenüber Dänemark zu schüren. Unklar ist, ob sie dabei kühl kalkuliert, um den Druck auf Kopenhagen aufrechtzuerhalten und weitere überfällige Zugeständnisse zu erzwingen – das wäre politische Raffinesse –, oder ob sie politisch naiv in Trumps Falle tappt: Indem sie den Zorn der grönländischen Wähler anheizt, könnte sie eine gleichberechtigte Neuausrichtung der Union mit Dänemark erschweren – ganz im Sinne der USA.

Während Naleraq auf Konfrontation setzt, sucht Grönlands neuer liberaler Ministerpräsident Jens Frederik Nielsen internationale Anerkennung – und genießt es sichtlich, hofiert zu werden, als wäre

Grönland bereits ein souveräner Staat. Beim EU-Gipfel in Kopenhagen empfing ihn Frederiksen wie einen gleichrangigen Regierungschef; kurz darauf sprach er als Ehrengast vor dem Europaparlament. In Nuuk geben sich internationale Gäste die Klinke in die Hand. Im Juni war auch Frankreichs Präsident Emmanuel

»Ausgerechnet Trumps imperialer Besitzanspruch könnte zum Katalysator einer neuen Partnerschaft werden.«

Macron vor Ort. Kaum aus Grönland zurück, präsentierte er ein Abkommen zur Befriedung der Beziehungen mit Frankreich nach Unabhängigkeit strebender ehemaliger Kolonie Neukaledonien: Die Pazifikinsel soll künftig ein selbstständiger Staat innerhalb der Französischen Republik sein, mit eigener Staatsbürgerschaft.⁹ Macrons Initiative markiert eine mögliche neue Form postkolonialer Föderation: eine enge Kooperation zweier historisch miteinander verwobener souveräner Staaten.

Seit Jahrzehnten bemühen sich Grönländer um die Etablierung eines ganz ähnlichen Modells mit Dänemark – was auf der Insel wohl mehrheitsfähig wäre. Aufgrund des inneren wie äußeren Drucks und angesichts bisheriger Zugeständnisse ist es nicht auszuschließen, dass sich Kopenhagen Macrons Abkommen bald zum Vorbild nehmen wird. Sollten zugleich die US-Versuche scheitern, das Verhältnis der Grönländer zu Dänemark durch propagandistische Infiltration weiter zu schwächen, wäre ausgerechnet Trumps imperialer Besitzanspruch zum Katalysator einer neuen, gleichberechtigten Partnerschaft geworden. ◻

8 Jeffrey Gettleman, *She Held Her Baby for an Hour. Then the State Took Her Away*, *nytimes.com*, 15.9.2025.

9 Natalie Guibert, *State of New Caledonia created in hard-won agreement with French government*, *lemonde.fr*, 12.7.2025.